

HERDER- KORRESPONDENZ

MONATSHEFTE FÜR GESELLSCHAFT UND RELIGION

Heft 8

50. Jahrgang

August 1996

*Wer vom Werfen reden will,
darf vom Treffen nicht schweigen.*

Peter Sloterdijk

Zweifel nach dem Sieg

Zwei in erster Linie mentale, aber operativ höchst wirksame Entwicklungen sind zur Zeit für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft bestimmend – mit Gefahren im Schlepptau, die es im Auge zu behalten gilt: der als endgültig taxierte Sieg der Marktwirtschaft über alle staats- und planwirtschaftlichen Konzepte und, gleichsam im Gegenzug dazu, die Sorge, die Angst, im Zuge der Globalisierung der Weltwirtschaft an nationaler (regionaler) Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

Der Triumph der Marktwirtschaft über die Planwirtschaft ist mit und seit dem Ende des Kommunismus total. Der Gegner von einst ist weg, hat sich – zwischen Kuba und Vietnam – in letzte Überlebensnischen zurückgezogen, versucht – Beispiel China – Kommunismus und Marktwirtschaft ohne Rücksicht auf menschliche Verluste in Eigenregie zu verbinden, oder hat sich verbal, teilweise oder auch ganz von sich aus zur Marktwirtschaft bekehrt.

Es gibt in Italien, in Frankreich und erst recht in Ungarn oder Polen höchstens noch Splittergruppen, die sich nicht vom Strom der marktwirtschaftlichen Sieger haben mitziehen lassen. Und mit dem Ende des (europäischen) Kommunismus sind auch die letzten Bastionen planwirtschaftlichen Denkens unter demokratischen Sozialisten und Sozialdemokraten im Westen erschüttert worden. Sie streiten sich mit Liberalen höchstens noch darüber, wer von ihnen der konsequentere, bessere, im Zweifelsfall humanere Marktwirtschaftler ist. Oder sie wirken eingekeilt zwischen alten egalitären Wohlfahrtskonzepten und den neuen, in Position gebrachten Markterfordernissen einer alle Grenzen überschreitenden Kapitalwirtschaft ostentativ hilflos. Die deutsche Sozialdemokratie ist ein anschauliches Beispiel dafür.

Marktwirtschaft und Demokratie sind, wenn schon nicht zu Synonymen, so doch – wenigstens in der Sicht des Westens – zu siamesischen Zwillingen geworden, die weder operativ noch begrifflich voneinander zu trennen sind. Und da als einzige übriggebliebene Weltmacht die USA – nicht die Europäer, jedenfalls bislang nicht – gesiegt haben, scheint auch in Europa mental wie operativ in erster Linie die amerikanische Variante der „reinen“ Marktwirtschaft zu siegen. Und auch da gibt es unter dem Zwang staatlichen Sparens noch einmal Verschiebungen und Verschärfungen, die zu vollziehen und zu begründen selbst die gegenüber den Republikanern Reaganscher Prägung sozial sensibleren Demokraten in den USA sich nicht scheuen.

Die Marktradikalen gewinnen Oberwasser

Unter Druck gerät die soziale Marktwirtschaft, jedenfalls soweit das Soziale im Sinne der Rücksicht auf das Allgemeinwohl und den Anteil des einzelnen am Gemeinwohl als die Marktwirtschaft selbst entscheidend mitkonstituierende Größe als „gleichgewichtiges“ Element (*Franz J. Stegmann*) erscheint und nicht als bloß beiläufige Korrektur marktwirtschaftlicher Schädigungen verstanden wird.

Im Fahrwasser eines „marktradikalen“ Amerikanismus werden auch bei uns die altliberalen Vertreter einer möglichst von allen sozialen Schwergewichten entlasteten Marktwirtschaft lauter. *Ludwig Erhard* ist zwar auch für sie immer noch die passende Rhetorik, aber hauptsächlich als genialer Entfesseler der Marktkräfte und kaum noch als Verkünder seines durchaus sozial gedachten „Wohlstands für alle“.

Friedrich von Hayek – Namen sind Symptome – wird wieder viel lieber zitiert als *Alfred Müller-Armack*.

Der andere operative Geisteszustand, die Sorge um die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit nationaler und regionaler Standorte fällt zwar als schwerer Wermutstropfen mitten ins marktwirtschaftliche Triumphgefühl: man wird sich, ob Sozialpartner oder Aufsichtsrat, ob Partei oder Gewerkschaft schmerzlich der Versäumnisse bewußt, die man unter dem Gesetz der Ost-West-Spannung und in Deutschland noch während der „Nachkonjunktur“ im Zuge der deutschen Vereinigung verdrängen konnte. Man nahm verspätet zur Kenntnis, daß nicht nur Japan längst zu einem übermächtigen Konkurrenten auf den Weltmärkten geworden war, sondern daß inzwischen in ganz Ost- und Südostasien, und jetzt auch in den osteuropäischen Reformstaaten, ernstzunehmende Wettbewerber mit gutem Know-how und billiger Arbeitskraft heranwachsen.

Höchst aufschlußreich ist, wie man, nicht einheitlich, aber doch überwiegend, auf die veränderten Marktlagen reagiert: nicht mit der Zuversicht instinktsicherer Produzenten und agiler, ihre Chance witternder Kaufleute, sondern wie stirnrundelnd rechnende Buchhalter hauptsächlich die hohen Arbeitskosten bejammern. Dabei verschweigt man nur allzu gerne, daß, wie McKinsey errechnet und das Ifo-Institut erst jetzt wieder bestätigt hat, nur ein Drittel der deutschen Kostenüberlast den Lohnkosten (einschließlich Lohnnebenkosten) zuzurechnen ist, während zwei Drittel auf Organisations-, Fertigungs- und Führungsmängel zurückzuführen sind. Um das nicht zur Kenntnis nehmen zu müssen und der rhetorischen Wirkung wegen wird immer wieder sogar der schlichte Zusammenhang zwischen Arbeitskosten und Produktivität, also dem Stundenlohn und dem Produktausstoß pro Zeiteinheit, verschwiegen.

Die Unternehmenswirtschaft ist selbst von Risikoscheu angesteckt

Eigentlich möchte man meinen, der durch die Globalisierung erzeugte schärfere Wettbewerb sei für die Sieger der Marktwirtschaft die ideale Herausforderung, um zu zeigen, was sie können. Und nach ihrer Unternehmensphilosophie ist es ja auch so. Aber die Angst vor volkswirtschaftlichem Abstieg läßt sich strategisch zur Verfolgung der eigenen Unternehmensziele gut gebrauchen, und auch der Politik kann sie in einer Zeit übergroßer Schuldenlasten der öffentlichen Hände dazu dienen, soziale Ansprüche zu zähmen. So schürt man kräftig Ängste. Psychologisch und im Prinzip ist das auch nicht falsch. Ängste machen einer „müden Gesellschaft“ Beine, bringen wegen Verfettung unflexibel gewordene Strukturen wieder in Bewegung. Wie sehr dies notwendig ist, wurde bis zur Lächerlichkeit in dem nun endlich entschiedenen jahrelangen Streit um erweiterte Ladenöffnungszeiten vorexerziert.

Auch Gewerkschaften gerieren sich übermäßig als Anker

organisierter Immobilität. Was einmal erkämpft ist, wird mit Zähnen und Klauen verteidigt, ob es nun ordnungspolitisch und sozial vernünftig ist oder nicht. Einen so langen und so ergebnislosen Streit um Karenztage wie in Deutschland bei der Einführung der Pflegeversicherung und der abstrusen Feiertagsregelung als Ersatz können sich nur Gesellschaften leisten, die sich im erreichten Wohlstand eingerichtet haben. Jetzt taucht dasselbe Problem wieder bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf. Man geht nicht wegen des vorgesehenen relativ hohen Abschlags von 20 Prozent, sondern des erkämpften Prinzips wegen auf die Barrikaden, obwohl die Faustregel, daß Lohnersatzleistungen unter der Lohnhöhe liegen müssen, ein vernünftiger Grundsatz ist und ein mäßiger Abschlag selbst für chronisch Kranke verkraftbar wäre.

Der bei deutschen Kollegen hochangesehene britische Journalist *David Marsh* hat unlängst festgestellt, Deutschland sei nicht in einer Krise, aber es brauche die Krise, um fit zu bleiben. Wohl kein Land braucht mehr das Krisenbewußtsein als Deutschland, um seine schöpferischen Kräfte entfalten zu können. Aber zur Zeit sieht es so aus, als ob die vermögenden Teile der Bevölkerung, also diejenigen Schichten, die über den nötigen Stoff verfügen, mit dem Marktkräfte üblicherweise in Bewegung gesetzt werden, nicht viel risikofreudiger wären, als der kleine Angestellte, der sein sauer erspartes Geld zur Sparkasse bringt. Sie klagen unentwegt über soziale Überfütterung und Besitzstandswahrung, verhalten sich aber selbst als „*beati possidentes*“. Man muß es nicht gleich mit den Grünen „Kasino-Kapitalismus“ nennen, aber die kleineren von ihnen stecken ihr Geld mit Vorliebe in Immobilien, und die Größeren bevorzugen den spekulativen Kapitalmarkt statt investiver Unternehmungen. Wäre es nicht so, würden die Kapitalmärkte nicht unverhältnismäßig stärker wachsen als Produktion und Dienstleistungen.

Auf Wohlstandsverwahrlosung stößt man offenbar nicht nur bei Problemfamilien und deren von der Sozialhilfe lebenden Kindern, sondern auch in Vorstands- und Aufsichtsratsetagen von Unternehmen. Aber das Sicherheitsdenken ist dort trotzdem nicht viel weniger ausgeprägt als in Amtsstuben von Ministerien. Als Entschuldigung werden dann – zu Recht oder zu Unrecht – die unzulänglichen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wegen staatlicher Überregulierung oder der in Deutschland herrschenden Technikfeindlichkeit angeführt, wobei letztere sich inzwischen ohnehin bereits in die grünen Nischen zurückgezogen hat. Und wenn es das nicht ist, dann sind es eben die hohen Lohnnebenkosten, an denen die Unternehmenswirtschaft nicht nur als Tarifpartner, sondern auch durch die Art, mit der sie durch Entlassungen und Frühverrentungen Rationalisierungskosten auf die Solidarsysteme abwälzt, selbst beteiligt ist.

Indessen entwickelt die Angst vor wirtschaftlichem Abstieg ihre eigene Fliehkraft in Richtung marktradikaler Lösungen, und die – in sich notwendigen und längst überfälligen – Debatten und Beschlüsse über die Begrenzung von Soziallasten helfen dabei: Die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen steht in Frage, also wird die Verbesserung der Rahmen-

bedingungen für die Wirtschaft zur alles bestimmenden politischen und gesellschaftlichen Priorität. Alles andere, einschließlich der sozialen Belange, hat sich dem unterzuordnen, zumal die ungünstige Altersentwicklung, die weiter steigende Arbeitslosigkeit, die individualisierten rechtlichen Ansprüche das erreichte Leistungsniveau auf Dauer ohnehin unfinanzierbar machen.

Im Schatten allgemeiner Sparzwänge bekommen die Sieger der „reinen“ Marktwirtschaft ziemlich freie Bahn auch für die innergesellschaftliche Solidarität und Solidität wenig verträgliche Entscheidungen. Die Drohung, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern, wirkt als Einschüchterungsdroge. Sie kann sehr nachdrücklich helfen, politisch die Rahmenbedingungen zu bekommen, die man haben will, oder wenigstens Politiker für das gewünschte Ergebnis zu mobilisieren.

In der konkreten Situation kann so sogar dem Arbeitsplatzargument der Sinn verdreht werden. In jede Politikerrede gehört seit Jahren die Beteuerung, die Verringerung der Arbeitslosigkeit habe allererste Priorität. Es ist politisch sicher ehrlich gemeint, hilft aber nicht nur dazu, Lohnkosten in Grenzen zu halten, sondern wird unter der Hand zugleich zu einem Freibrief für weitere Entlassungen. Praktisch erleichtert die Furcht vor dem Arbeitsplatzabbau den Arbeitsplatzabbau. Überdies erspart man sich damit, die Frage der wirtschaftlichsten Arbeitsorganisation und Arbeitsverteilung ernsthaft anzugehen, und stellt dafür Monat für Monat nur fest, die sich abzeichnende bessere Konjunktur wirke sich kaum auf den Arbeitsmarkt aus, und insinuiert damit, das Beschäftigungsproblem lasse sich immer noch konjunkturell lösen, obwohl das Gegenteil längst offenkundig ist.

Dafür legitimiert ein ganzes Bündel Schlagworte mit jeweils halbiertes Bedeutung den eingeschlagenen strategischen Weg: Kampf gegen Besitzstandswahrung, Abbau von Anspruchsdenken, Deregulierung, Leistung, die sich lohnen muß – solche Forderungen vor allem beherrschen unsere politische Sozialdebatten. Sie sind sämtlich berechtigt, aber es kommt dabei auf das „strukturelle“ Vorgehen an.

Was soll wieder reguliert werden? Verfahrensvereinfachungen (selbst bei der Rechtspflege) ja, Öffnungsklauseln in Tarifverträgen selbstverständlich, aber schon bei Einschränkungen des Kündigungsschutzes wird es problematischer. Besitzstandswahrung? Sind ausgerechnet die Bezieher von BfA-Renten und Sozialhilfeempfänger die klassischen Besitzstandswahrer, oder finden sich diese nicht in erster Linie in den oberen und mittleren sozialen Schichten und bei deren Interessenvertretern – von der Subventionswirtschaft bis zum Deutschen Beamtenbund?

Eine Marktwirtschaft, deren erklärtes Ziel ein ersprießlicher Lebensstandard für alle ist, muß in Krisenzeiten, wo Opfer und Einschränkungen abverlangt werden, wenigstens von einem Minimum an Solidarität, auch an symbolischer Solidarität der Verantwortlichen gegenüber den Betroffenen getragen sein, sonst löst sich der innere Zusammenhalt der Gesellschaft auf. Schließlich: Leistung, die sich lohnen soll? Praktisch heißt das Lohnspreizung, also Billiglöhne nach un-

ten und „leistungsgerechtere“ Löhne in den oberen Zonen. Aber nach was wird Leistung bemessen?

Die tendenzielle Ausgrenzung von Schwächeren durch sinnhalbierte Schlagworte ist um so gefährlicher, als diese Strategie auf einer zweiten Ebene wirksam wird, insofern sich das unternehmenswirtschaftliche und politische Sozialkritikvokabular auf die gesellschaftliche Ebene überträgt. Das gleiche Vokabular beherrscht inzwischen die Stammtische. Die gesicherte bürgerliche Gesellschaft identifiziert sich weitgehend damit. Der „Sozialneid“ wechselt die Richtung. Er ist nicht mehr das Privileg der Habenichtse, sondern wird zum Argument der selbsternannten Leistungsträger gegen die Hilfsbedürftigen, die ja in der sozialen Hängematte liegen und so nur der Allgemeinheit zur Last fallen.

Der Sieg ist geborgt, er muß erst verdient werden

Aber der Zusammenhalt einer Gesellschaft und ihre Leistungsfähigkeit im Konzert weltweiten Wettbewerbs hängt elementar von der Fähigkeit ab, unter sich (binnengesellschaftlich) Solidarität zu üben. Natürlich bedeuten bei einem Sozialbudget von 124 Milliarden DM Kürzungen von rund zwei Prozent nicht das Ende des Sozialstaats. Aber es kommt darauf an, wo und bei wem gekürzt wird. Niemand außer dem Betroffenen wird bestreiten, daß es richtig ist, einem Sozialhilfeempfänger, der eine zumutbare Arbeit nicht annimmt, die Sozialhilfe drastisch zu kürzen; auch über die Verschärfung von Zumutbarkeitskriterien muß geredet und entschieden werden können. Aber die meisten linearen Kürzungen bei Transfereinkommen verschärfen die Lebenslage der sozial schwächsten Schichten.

Hier verweigerte Solidarität schafft nicht nur eine neue Klassengesellschaft mit Rückwirkungen von den Unterschichten auch auf Teile des Mittelstandes aller Altersklassen, sondern ist auch wirtschaftspolitisch verkehrt. Für Anhänger einer ausschließlich angebots- und exportorientierten Wirtschaftsphilosophie hat das Argument zwar wenig Gewicht. Aber immerhin hängen rund drei von vier Arbeitsplätzen am inländischen Markt, und die Tatsache, daß vor allem beim Inlandskonsum die Konjunktur nicht anziehen will, hat wohl auch etwas damit zu tun, daß das nötige Geld für die vorhandene Ware gerade dort fehlt, wo es üblicherweise mangels Sparkapazität ausgegeben werden muß.

Alle Standortdebatten sollten nicht darüber hinwegtäuschen, daß auf lange Sicht gesehen, der auf sozialem Ausgleich beruhende innere Friede auch für das wirtschaftliche Wohlergehen eines Landes mindestens so wichtig ist wie dessen internationale Konkurrenzfähigkeit. Und gerade die Verfechter rein marktwirtschaftlicher Krisenbewältigung sollten nicht übersehen, daß sich der Sieg der Marktwirtschaft einstweilen nur der Untauglichkeit seiner erledigten Gegner verdankt. Daß sie nicht an sich selbst scheitert, muß sie erst unter Beweis stellen. Die Ausnutzung kollektiver Ängste zum Zwecke der Durchsetzung der eigenen Strategien wäre dafür das denkbar schlechteste Argument. Der Sieg ist geborgt, er muß erst verdient werden. *David Seeber*